Vertrauen in die verschiedenen politischen Ebenen, Meinungen zur Nutzung von Steuermehreinnahmen und Einstellungen zum Bau neuer Überlandleitungen

Datenbasis: 1.004 Befragte

Erhebungszeitraum: 6. und 7. Dezember 2010 statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte

Auftraggeber: Deutscher Städte- und Gemeindebund

1. Vertrauen in die einzelnen politischen Ebenen

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in die kommunale Politikebene ist – trotz des stetigen Rückgangs der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen – deutlich größer als das Vertrauen zur Bundes- bzw. zur jeweiligen Landesregierung: Zu ihrer Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung mit dem jeweiligen Bürger- bzw. Oberbürgermeister haben 49 Prozent, zur Bundesregierung 13 Prozent und zur jeweiligen Landesregierung 16 Prozent das größte Vertrauen. 22 Prozent haben derzeit zu keiner Politik-Ebene Vertrauen.

Das Vertrauen zur kommunalen Ebene ist überdurchschnittlich groß im Süden (Baden-Württemberg und Bayern) und in den kleineren Gemeinden.

Das Vertrauen in die kommunale Ebene ist in Nordrhein-Westfalen und in den neuen Bundesländern nicht so groß wie im Durchschnitt der Republik.

Anhänger der Union und der FDP haben zur gegenwärtigen Bundesregierung deutlich größeres Vertrauen als Anhänger der SPD, der Grünen oder der Linke.

Vertrauen in die einzelnen Politik-Ebenen

Das größte Vertrauen haben derzeit

		zu ihrer Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung	zur Bundes- regierung	zur Landes- regierung <u>%</u>	zu keiner politischen Ebene %
insgesamt		49	13	16	22
Nord *)		47	20	12	21
Nordrhein-Westfalen		43	16	21	20
Mitte *)		49	13	15	23
Süd *)		58	9	13	20
Ost *)		44	13	16	27
Ortsgröße (Einwohner): - unter 5.000 - 5.000 bis 20.000 - 20.000 bis 100.000 - 100.000 bis 500.000 - über 500.000		56 62 52 32 35	13 10 12 10 23	13 13 14 25 16	18 15 22 33 26
18- bis 29-Jährige		57	10	13	20
30- bis 44-Jährige		51	11	17	21
45- bis 59-Jährige		49	12	16	23
60 Jahre und älter		42	16	16	26
Anhänger der:	CDU/CSU FDP	47 49	27 22	15 19	21 10
	SPD	53	10	21	16
	Grünen	46	7	22	25
	Linke	46	4	22	28

^{*)} Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen

Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Süd = Baden-Württemberg, Bayern Ost = neue Länder



2. Meinungen zur Verwendung von Steuer-Mehreinnahmen

Die große Mehrheit der Bundesbürger (77 %) ist der Meinung, das die zu erwartenden Steuermehreinnahmen zur Verbessung der Finanzsituation der Städte und Gemeinden verwendet werden sollten. Dass die Steuermehreinnahmen zur Senkung von Steuern genutzt werden sollten, das möchte nur eine Minderheit von 18 Prozent.

Die Meinungen unterscheiden sich in den einzelnen Regionen und Bevölkerungsgruppen nur wenig. Selbst von den FDP-Anhängern plädiert nur eine Minderheit von 20 Prozent dafür, die Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen zu verwenden.

Meinungen zur Verwendung von Steuer-Mehreinnahmen

Die zu erwartenden Steuermehreinnahmen sollten verwendet werden, um

		die Steuern zu senken	die Finanzsituation der Städte und Gemeinden zu verbessern	weiß nicht
		0/0	0/0	0/0
insgesamt		19	77	4
Nord		18	77	5
Nordrhein-Westfalen		18	79	3
Mitte		16	79	5
Süd		27	70	3
Ost		13	83	4
18- bis 29-Jährige		25	72	3
30- bis 44-Jährige		21	76	3
45- bis 59-Jährige		21	73	6
60 Jahre und älter		10	85	5
Anhänger der:	CDU/CSU	15	84	1
7 illianger aer.	FDP	20	76	4
	SPD	15	00	2
		15 12	82	3
	Grünen	13	84	3
	Linke	16	80	4

3. Einstellungen zum Bau neuer Überlandleitungen

Wenn in der Nähe ihres Wohnortes neue Überland-Stromleitungen gebaut würden, um Strom aus erneuerbaren Energien zu transportieren, würden das nach eigenen Angaben 61 Prozent der Bundesbürger akzeptieren. 33 Prozent wären dagegen.

Überdurchschnittlich oft würden die Norddeutschen Bedenken gegen den Bau von neuen Überlandleitungen haben.

Bedenken hätte auch ein Viertel der Anhänger der Grünen, die ansonsten ja die größten Befürworter der Verwendung erneuerbarer Energien sind.

Meinungen zum Bau neuer Strom-Überlandleitungen

Den Bau neuer Überlandleitungen zum Transport von Strom aus erneuerbaren Energien in der Nähe ihres Wohnortes fänden in Ordnung

		ja	nein, es wären dagegen	weiß nicht	
		<u>%</u>	0/0	0/	
insgesamt		61	33	6	
Nord		51	44	5	
Nordrhein-Westfalen		63	34	3	
Mitte		64	29	7	
Süd		63	30	7	
Ost		63	30	7	
18- bis 29-Jährige		73	22	5	
30- bis 44-Jährige		57	37	6	
45- bis 59-Jährige		59	35	6	
60 Jahre und älter		60	34	6	
Anhänger der:	CDU/CSU	57	39	4	
	FDP	64	34	2	
	SPD	62	35	3	
	Grünen	70	26	4	
	Linke	66	30	4	
		30		•	

9. Dezember 2010 Q0713/24117 Gü/Su